

Archiv

des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

20. März 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

2/XVII/65 - 20. März 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	<u>Die SPD im vierten Deutschen Bundesstag</u> Von Dr. Alex Möller, MdB Mitglied des Parteivorstandes der SPD	143
4	<u>Zu neuen Ufern</u> Nordafrikanische Union in Sicht	21
6	<u>Mitsicht</u> Juan Carlos wird sich freuen	25
5	<u>Nur keinen Fortschritt!</u> Bewährte Schule geschlossen	27
6 - 7	<u>Blick zum Nachbarn:</u> <u>Rundfunkreise in Österreich</u> ÖVP-Pleite auf der ganzen Linie Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franz	57

* * * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Die SPD im vierten Deutschen Bundestag

Von Dr. Alex Möller MdB

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Ein eindeutiger und nur in dem Ausmaßen verschieden beurteilter Wahlerfolg der SPD, eine CDU/CSU, die nicht mehr die Mehrheit im neuen Bundestag hat, eine FDP mit einem Kende, der gefallen möchte und das Umfallen ausgezeichnet versteht - das war die Ausgangsposition nach dem 17. September 1961. Die äusserst schwierige Lage der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, nicht nur gekennzeichnet durch den 13. August, sondern auch durch alle weltpolitischen Zuckungen und unsere noch fehlende staatspolitische Substanz, hat die SPD wiederholen lassen, was sie bereits im Wahlkampf nachdrücklich betonte:

- * Unser nationaler Notstand erforderte eine Konzen- *
- * tration der Kräfte bei Bildung der vierten Bundes- *
- * regierung. *

Die Unterhändler der beiden anderen Bundestagsfraktionen hatten aber nur ein Ziel: Ausschaltung der SPD. Vor ihrer Beteiligung in der Bundesregierung schreckten sie zurück wie Mephisto vor dem Weihwasser. So kam der vierte Adenauer mit acht Stimmen über die erforderliche Mehrheit. Das reichte ihm, das reicht aber nicht für Deutschland.

Parole: Ausweichen!

Mit Bestürzung hat das deutsche Volk vor Monaten alle Umstände der Regierungsbildung zur Kenntnis genommen. Mit anhaltender Sorge beobachtet es nunmehr die Konzeptlosigkeit, die Leere des Nicht-handelns (oder -könnens?) und alle Versuche der Bundesregierung, den Eürden einer den gesellschaftspolitischen Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Gesetzgebung auszuweichen.

Die Aufgabe der Opposition ist schwer. Nicht nur, weil diese Haltung auch im 13. Jahr der bundesrepublikanischen Existenz weiter vorhanden sein muss. Je handlungsfähiger und je besser im ganzen Aktionsradius notwendiger Handlungen eine Bundesregierung ist, umso leichter hat es eine Opposition, die es nicht vor sich aus sein will, sondern für die eine hohe staatspolitische Verantwortung dasinsbeherrschend bleibt. Umgekehrt: Je weniger handlungsfähig und je bedürfnisloser die Arbeit einer Regierung bleibt, umso schwerer hat es die sozialdemokratische Opposition mit ihren rund 40 Prozent der Mandate im Bundestag, zumal es heute ebenso ist wie vor vier, vor acht, vor 12 Jahren: Die grössere Zahl der Koalitionsmehrheit negiert das im Parlament überzeugend vorgebrachte Argument. Hinzu kommt diesmal der regierungshörige Zwitter des sogenannten Koalitionsausschusses, bei dem sich inzwischen jeder fragt, wer sprachlöhnt wen?

Wir sind objektiv, und es sei hinzugefügt, dass ab und zu auch bei der anderen Seite der Versuch nach Gemeinsamkeit vorhanden ist, ohne dass

man allerdings das Fundament der Gemeinsamkeit zur Ausschaltung der SPD mit einem sich Übersteigern der Komplicienhälfe vernachlässigt. Gemeinsamkeit, soweit es nach aussen nützlich ist und soweit es innenpolitisch sich schicklicher ausnehmen könnte, das ist das äusserste Zugeständnis der Bundesmachthaber.

Testen und Tasten

In der Aussenpolitik merkt man das Testen und Tasten, aber trotz aller eigenwilligen Versuche der FDP sieht man nichts von einem politisch brauchbaren oder gar geistig imponierenden Beitrag der jetzigen Bundesregierung zur Entspannung der Lage.

Bundeswehr und militärische Verteidigung stehen isoliert im Raum, und Fritz Erler hat gerade hierauf in der Debatte über die Verlängerung der Wehrdienstzeit nachdrücklich hingewiesen. Der Bundesverteidigungshaushalt nimmt statt im Vorjahr ein Viertel jetzt ein Drittel der Burdeseinnahmen in Anspruch. Aber diese Milliarden allein genügen zur Existenzbehauptung unseres Volkes nicht. Hinzukommen müssen über das Alltägliche, über die Routine hinauswachsende Leistungen auf kulturpolitischem und sozialpolitischem Gebiet, aber auch in der internationalen Zusammenarbeit und in unseren Aktionen für die Entwicklungsländer. Gerade für den letzten Punkt gilt der regierungsgeprägte Wahllogan "Keine Experimente".

Stillstand oder gar Rückschritt in der Sozialpolitik?

Sozialpolitisch ist nach dem bisherigen Verhalten der Mehrheit die Frage berechtigt, droht ein Stillstand oder gar ein Rückschritt? Der Einfluss einiger Gruppen wirtschaftlicher Machtkonzentration ist stärker geworden; er begnügt sich nicht damit, die politischen Mehrheitsverhältnisse und die Zusammensetzung der Koalition beeinflusst zu haben, sondern präsentiert jetzt hinter den Kulissen einen Wechsel, dessen Höhe und Einlösungsfähigkeit die Opposition leider nicht kennt. Jedenfalls sind bei den bisherigen sozialpolitischen Debatten alle Anträge der SPD vom parlamentarischen Verhandlungstisch gewischt worden und - ein beachtliches Novum - eine Grosse Anfrage, die lediglich die Absichten der Bundesregierung auf diesem Gebiet erkunden wollte, blieb unbeantwortet.

Bundesregierung als "Weihnachtsmann"

Die Agrarpolitik ist durch die Brüsseler Beschlüsse für den EWG-Raum noch aktueller geworden als in den Vorjahren. Noch deutlicher zeigt sich, dass die bisherigen Bundesregierungen in der Hauptsache die Rolle des Weihnachtsmannes gespielt haben. Dass es jetzt allerhöchste Zeit ist, sich erstens ein klares Bild darüber zu machen, was für Leistungsmöglichkeiten die deutsche Landwirtschaft in den kommenden Jahren besitzt, und zweitens sie zu entwickeln, strukturell zu beeinflussen und damit Subventionen nutzbringend zur Fundamentierung der deutschen Landwirtschaft einzusetzen, ist von unseren Experten im Bundestag in überragender Beweisführung und konkreten Anträgen für alle erkennbar herausgestellt worden. Diese Leistung als konstruktiver Beitrag zur deutschen Politik - ich darf das persönliche Wort hinzufügen - hat mich mit besonderem Respekt erfüllt, weil es in der von anderen verschuldeten verfahrenen Situation wahrhaftig nicht leicht und einfach war, die richtige Zielsetzung mit klarer Wegweisung zu verbinden.

Wirtschaftspolitisch ist der Landwirtschaftssektor sehr bedeutungsvoll, für den Bundeswirtschaftsminister aber wahrscheinlich nur eine

lästige Randerscheinung. Im übrigen bleibt der Zustand, dass von der Regierungsseite nichts Ausreichendes getan wird, um den ständigen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Man hat eine zielbewusste Politik zur rechtzeitigen Einfuhrsteigerung ebenso unterlassen wie eine dem Ganzen dienende Beeinflussung des Investitionsbooms im Herbst 1960 durch Erhöhung der Gewinnbesteuerung. Eine erfolgswirksame Preis- und Kartellpolitik, auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse im EWG-Raum, bleibt ein Hauptanliegen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Finanz- und steuerpolitisch sind die Maßnahmen mit den Zielen der Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Beispielsweise ist die Umsatzsteuer nicht nur im Inland wettbewerbsverzerrend, sondern auch für uns wettbewerbschädigend, soweit Einfuhren aus EWG-Ländern - insbesondere aus Frankreich - in Frage kommen. Unsere Vorschläge haben nicht nur zum Ziel, finanz- und steuerpolitisch die Ordnungsfunktionen des sozialen Rechtsstaates auszulösen, sondern auch über eine Neuordnung der Finanzverfassung die Steuerlast nach der Dringlichkeit der Aufgabenstellung zu verteilen. Bei diesen Auseinandersetzungen hat sich die Gegenseite nicht bemüht, eine Zusammenarbeit mit den Ländern und der sozialdemokratischen Opposition sicherzustellen, obgleich sie weiss, dass die notwendige grundlegende Änderung die Zustimmung der Länder und wegen der Zweidrittelmehrheit bei Grundgesetzänderungen die der Opposition erfordert.

Verhältnis Bund - Länder

Innenpolitisch ist die Frage, inwieweit und mit welchen Methoden die Länder die Deckungslücke im Bundeshaushalt mit schliessen helfen, noch nicht entschieden. Unsere Bundestagsfraktion hat den Standpunkt eingenommen, dass man versuchen sollte, 1962 und 1963 ein Gentlemen-Agreement zwischen Bund und Ländern herbeizuführen, das eine präjudizierende Wirkung auf die Aufgabenverteilung ausschliesst, die der grossen Finanzreform vorbehalten bleiben muss. Es sei hervorgehoben, dass sich die Opposition wie immer, so auch in diesem Fall um tätige Hilfe bemüht hat.

Der neue Bundesinnenminister führt Gespräche über die Notstandsgesetzgebung. Man kann das Ergebnis nicht voraussagen; sie werden aber so geführt, wie es im demokratischen Staat üblich und selbstverständlich sein sollte. Es gibt für die Opposition Punkte (z.B. wie wird der Ausnahmezustand verhängt, wie ist es mit der Sicherung der Grundrechte, u.a. m.), die allerdings ausserhalb der Diskussion stehen, weil die demokratische Grundordnung unangetastet bleiben muss.

* * *

Diese Hinweise über Position und Aufgabe der SPD im vierten Deutschen Bundestag sind nur ein kleiner Auszug von Wichtigem und Vordringlichem. Der Bonner Wenling wird manchemal von der Vorstellung erschreckt, was sich in Bonn tun würde, ohne die sozialdemokratische Opposition, ohne eine Opposition, deren staatspolitische Verantwortung über alle Zweifel erhaben ist. Man hat auch nach dem 17. September die SPD links liegen lassen. Die Hohen Priester zur Erforschung der Koalitionswürdigkeit in der Bundesrepublik Deutschland haben den alten gesellschaftlichen Kräften weiter die Macht im Staate gesichert. Ihnen sei gesagt: eine solche Macht ergibt eine Position, die bei diesen weltpolitischen Spannungen und Deutschlands Lage in Mitteleuropa der kurzsichtig Schläue nur mit wenigen, der weitsichtig Kluge mit möglichst vielen bezieht. Unsere Arbeit führt auf den Schienen des Mitdenkens und des Mitmachens zur Mitverantwortung. Wir möchten erreichen, dass jeder Bürger der Bundesrepublik eines Tages voll Überzeugung uns und seiner Umwelt in echtem Staatsbürgerstolz erklärt: "Der Staat bin ich, der Staat - das sind wir alle!"

Zu neuen Ufern

sp - Noch rauchen in Algerien die Trümmer, noch fließt das Blut in den Strassen, aber schon werden von den verantwortlichen Staatsmännern Nordafrikas neue Pläne geschmiedet. Der tunesische Staatspräsident Burgiba gab der Hoffnung Ausdruck, bereits im Herbst dieses Jahres werde es zu einer nordafrikanischen Union, bestehend aus Algerien, Marokko und Tunis, kommen. Damit würde ein alter Traum der nordafrikanischen Völker in Erfüllung gehen, aber auch ein Wunsch vieler einsichtiger Franzosen, die in einer nordafrikanischen Föderation oder Union neue Ansatzpunkte für die Gestaltung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und den drei nordafrikanischen Staaten erblicken. Tunis, Marokko und Algerien haben zwar eine unterschiedliche Entwicklung, sind jedoch durch viele gemeinsame Interessen miteinander verbunden. Der französische Einfluss wirtschaftlicher, kultureller und politischer Art ist in den drei nordafrikanischen Staaten unverkennbar, so dass die natürliche Verbindung zwischen Nordafrika und Frankreich gegeben ist. Andererseits würde eine nordafrikanische Union in einer Art innerem Lastenausgleich gewisse Unebenheiten des wirtschaftlichen Gefälles, das zur Zeit noch besteht, untereinander ausgleichen können. Die Dinge scheinen schon weiter gediehen zu sein, als man bisher in Europa annahm, denn wenn Staatspräsident Burgiba bereits von einem Termin spricht, dürften auch bald praktische Schritte in Richtung auf die angestrebte nordafrikanische Union zu erwarten sein.

Mitgift

sp - Nicht nur im fernen Asien oder in tiefster Afrika geschehen Dinge, die uns Normaleuropäern merkwürdig erscheinen. Auch in befreundeter europäischen Staaten werden von den Parlamenten gelegentlich Beschlüsse gefasst, die zum Nachdenken Anlass bieten. Da hat doch am Dienstag die Mehrheit des griechischen Parlaments beschlossen, der Königstochter Sophia zu ihrer bevorstehenden Heirat mit dem spanischen Thronerben Juan Carlos eine Mitgift von neun Millionen Drachmen, das sind etwa 3,2 Millionen DM, aus H a u s h a l t s m i t t e l n zu gewähren. Wohl bekommt's - der Prinzessin und ihrem Juan Carlos! Nur, Griechenland ist ein sehr armes Land. Ausserhalb von Athen herrscht bitterste Armut. Arbeitslosigkeit der Erwachsenen auf der einen, und Kinderarbeit auf der anderen Seite verdüstern das sonst so schöne Bild der griechischen Landschaft. Es fehlt an Schulen und Krankenhäusern. Dafür gibt es aber umso mehr Polizisten. Von der Industrialisierung und Modernisierung des Landes wird zwar viel und mit grosser Begeisterung geredet, aber trotzdem müssen jährlich an die Hunderttausend Griechen und Griechinnen ins Ausland Arbeit suchen. Mit anderen Worten: Da stimmt etwas nicht. Man wird daran erinnert, wenn man die übrigen Ziffern des Haushaltes von Griechenland sieht. Da stehen die Sozialausgaben an letzter Stelle und die Kulturausgaben rangieren nicht weit davon entfernt. Aber w e n n man schon ein Königshaus hat, dann soll man auch der Prinzessin eine deftige Mitgift auf den Weg geben. Als in Belgien vor gut einem Jahre die Ausgaben für eine Königshochzeit bekannt wurden, dagegen jedoch Sozialausgaben von der Regierungsmehrheit verweigert wurden, kam es zu einer grossen Streik. Und alle Welt - so berichteten damals die Chronisten - wunderte sich darüber ...

Mur keinen Fortschritt !

Im. - Die Volksoberschule in Preetz, einer Kleinstadt in der Nähe von Kiel, besteht nicht mehr. Der christlich demokratische Kultusminister Edo Osterloh hat es gegen die langanhaltenden und kräftigen Proteste der Bevölkerung von Preetz durchgesetzt, daß diese Schule, die einmal von der sozialdemokratischen Landesregierung eingerichtet wurde, jetzt ihre Tore schließen muß.

Unter einer einheitlichen Schulleitung waren in Preetz Volks-, Mittel- und Oberschule vereint. Völlig reibungslos und ohne pädagogisch-psychologische Belastungen für die Schüler konnten Versetzungen und Rückversetzungen in eine andere Schulart vorgenommen werden. An dieser Schule gab es nicht das belastende Prüfungsfieber. Wer fähig war, kam in die höhere Schulart, und wer dort nicht mitkam, wurde ohne Aufsehen und unter kluger Anleitung der Lehrer zurückversetzt. Schülerarbeitsgemeinschaften, in denen die Kinder der drei Schularten zusammen bastelten, turnten oder lernten, sorgten gleichfalls dafür, daß kein Kastengeist der Schularten entstand.

Im ganzen Bundesgebiet haben die Pädagogen und Fachleute in den zurückliegenden Jahren den Leistungen des Preetzer Lehrerkollegiums hohe Anerkennung gezollt. Im Kieler Kultusministerium rückte man der Schule aber mit dem Argument zu Leibe, würde man sie in den Großstädten anwenden, so gäbe das "Mammutschulen". Dabei sah man doch nicht, daß man auch "Mammutschulen" auflösen kann und in den kleinen Schulen dennoch die drei Schularten zu vereinen vermag. Jedenfalls sind aus der Preetzer Volksoberschule, der einzigen Modellschule dieser Art in Schleswig-Holstein, Schüler mit hervorragenden Leistungen und einer in sich ausgewogenen Bildung hervorgegangen. Das ist jetzt vorbei; ein CDU-Kultusminister setzte seinen Willen durch.

+ + +

Blick zum Nachbarn:

Rundfunkisere in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Die österreichische Bundesregierung mußte sich dieser Tage mit der bedauerlichen Feststellung beschäftigen, daß man in Österreich eher die Rundfunksender der kommunistischen Oststaaten hört als die inländischen, deren Kapazität nur halb so groß ist. Die Frage ist nun, wer die Mehrkosten bezahlt, um das Ausland "übertönen" zu können. Infolge ausgesprochener Mißwirtschaft ist nämlich jetzt schon der Rundfunk pleite. Von Monat zu Monat wird ein sogenanntes Budgetprovisorium verlängert und weitergeschleppt, sonst könnte man nicht einmal mehr die Gehälter an die Bediensteten ausbezahlen. Das Rundfunkprogramm wurde in den vergangenen Wochen drastisch gekürzt und verschlechtert.

Domäne der ÖVP

Der österreichische Rundfunk ist - mit Ausnahme des Fernsehens - eine Domäne der ÖVP. Generaldirektor ist der ehemalige ÖVP-Sekretär und Bundesrat Josef Scheidl. Obwohl die Hörerzahl und damit auch die Einnahmen aus den Hörergebühren im Laufe der Jahre beträchtlich anstiegen, ist infolge der ausgesprochenen Mißwirtschaft nicht nur das Defizit immer größer, sondern auch das Programm immer düftiger geworden. Vor einigen Monaten mußte man sich sogar entschließen, die ganze Rundfunkisere in Österreich vom Betriebswissenschaftlichen Institut der Technischen Hochschule in Zürich gründlich durchleuchten zu lassen! Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt nun vor. Es lautet, auf einen einfachen Nenner gebracht: "Der österreichische Rundfunk wird weder nach vernünftiger kulturpolitischer noch wirtschaftlicher Grundsätzen geleitet."

Verwaltungskosten doppelt so hoch wie in der Schweiz

Die Verwaltungskosten sind beispielsweise doppelt so hoch wie jene in der Schweiz, wo ein viel besseres Programm ausgestrahlt wird. Der Personalaufwand allein beträgt in Österreich 47 Prozent, während er in der Schweiz nur 36,7 Prozent ausmacht. Eine besondere schwere Belastung

bilden die Länderstudios in den einzelnen Bundesländern. Sie sind ein Erbe aus der Besatzungszeit und jetzt offenbar auch ein unabdingbares föderalistisches Bedürfnis. Vor allem aber bieten sie der ÖVP die Gelegenheit, in Form von Gehältern und Honoraren ihren Parteifreunden landauf, landab "Subventionen" zukommen zu lassen.

Zweckwidrige Verwendung von Gebühren

Um nun diesen ganzen Ätherkrampf zu überwinden, verlangen die Sozialisten eine gründliche Reorganisation des gesamten Rundfunks, während andererseits die ÖVP unter Beibehaltung der Mißwirtschaft schlicht und einfach eine Verdoppelung der Rundfunkgebühr fordert. Gegenwärtig bezahlt der geplagte österreichische Rundfunkhörer - ob Rentner oder Großindustrieller - jährlich 98 Schilling für den Hörfunk. Wenn es nach der ÖVP ginge, müßte er in Zukunft mit 196 Schilling jährlich die höchsten Rundfunkgebühren Europas bezahlen. Das aber lehnen die Sozialisten entschieden ab.

Es gäbe, wie die SPÖ dazu feststellt, noch genug Einsparungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten. Sie müßten nur genutzt werden, auch wenn es der ÖVP oder manchem ihrer Günstlinge nicht paßt. Es sei auch nicht einzusehen, daß die Rundfunkgebühren zweckwidrig verwendet werden: So erhält davon nahezu ein Drittel das Unterrichtsministerium und die Postverwaltung. Ja, die Hörergebühren dienen sogar teilweise zur Renovierung der Kapuzinergruft, der von der Zinapest befallenen Grabgewölbe österreichischer Herrscherfamilien.

Da die Regierung nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, die SPÖ sich aber gegen die Gebührenerhöhung verwahrt, wird es vorläufig zu keiner Beilegung der Rundfunkkrise kommen; zumindest so lange die ÖVP nicht bereit ist, den Geist der Kapuzinergruft und die Gepflogenheiten ihrer "Freundenwirtschaft" aus dem Rundfunk zu verbannen.